

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 163.

Neuenbürg, Donnerstag den 17. Juli 1919.

77. Jahrgang.

## Deutschland.

Stuttgart, 15. Juli. Der württ. Landesbauernrat ist bekannt: Die Vorarbeiten der Tarifverträge zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind abgeschlossen und haben zwischen den verhandelnden Kommissionen zur Einigung geführt. Die Anerkennung von Seiten der Verbände dürfte innerhalb acht Tagen erfolgen.

Stuttgart, 15. Juli. Da die württembergischen Arbeiter- und Bauernräte abgelehnt haben, sich aufzulösen, so weicht die Regierung vor diesem Widerspruch zurück. Sie hat neue Bestimmungen vorgelegt, wonach die Arbeiter- und Bauernräte noch eine gewisse Kontrolltätigkeit ausüben. Sie sollen die Durchführung der von der Regierung und ihren Behörden einschließlich der Kommunalverbände getroffenen Maßnahmen und Anordnungen überwachen. Gegenüber den Gemeindebehörden steht ihnen ein Kontrollrecht bei der Durchführung von Maßregeln auf dem Gebiet des Ernährung- und Wohnungswesens zu. Eine Vollzugsgewalt sollen sie nicht haben. Die Kosten werden dem Staat und der Gemeinde auferlegt.

Stuttgart, 16. Juli. Der Landesauschuss der Soldaten der Württemberg hat bis jetzt das Recht gehabt, die Verfügung des Kriegsministeriums, die Lazarette betreffend, gegenzeichnen zu dürfen. Erst durch diese Gegenzeichnung ist die Verfügung des Kriegsministeriums Rechtskraft erlangt. Durch eine Verfügung der württ. Regierung vom 13. Juli ist diese Tätigkeit des Landesauschusses der Soldaten durch die Vertrauensleute der Lazarette abgelehnt worden.

Karlsruhe, 16. Juli. Die Gefahr einer Regierungskrise in Baden kann als beseitigt gelten. Im Pauschalentscheid haben die Vertreter der Demokratischen Partei Erklärungen abgegeben, die dem Zentrum beweisen, daß die Parteiführer, die den Kern dieser Partei erregten, von den parlamentarischen Instanzen der Demokratie weder veranlaßt noch gebilligt werden. Außerdem hat sich die Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden für weitere Beteiligung an der badischen Koalitionsregierung ausgesprochen. Die Zentrumspartei ist auf Grund dieser Tatsache beruhigt.

Ludwigshafen, 16. Juli. Das an der Saar neu geschaffene Gebiet, das 15 Jahre unter Völkerbunds-Hoheit stand, wird den Namen Saarpfalz erhalten. Damit wird die Art der Zusammensetzung, sowie die Lage der Landstriche treffend bezeichnet, denn einerseits umfassen sie die alten preussischen Gebiete an der Saar, andererseits die angrenzenden Bezirke der Pfalz; die bisherigen Namen Saarpfalz und Saargebiet werden nicht geführt.

Bonn, 16. Juli. Zur Sicherung gegen die Gefahr des Eindringens des Bolschewismus in Köln ist in der Person des Herrn von Reichenstein ein Reichskommissar ernannt worden. Bisher wurden hier zehn Führer der Bolschewisten, die mit gefährlichen Pässen aus dem unbesetzten Gebiet gekommen waren, von der englischen Militärbehörde verhaftet. Eine ganze Anzahl Polen, die ohne Pässe jugendlich kamen, wurden wieder abgeschoben.

Weimar, 16. Juli. Die Reichsregierung beabsichtigt, die diplomatischen Beziehungen mit den ehemals feindlichen Ländern so rasch als irgend möglich wieder aufzunehmen. Man kann bei der Regierung wegen des Mangels an geschulten Diplomaten daran zu denken, in erweitertem Maße Parteimitglieder auf die Gesandtschaftsposten zu setzen.

Berlin, 16. Juli. Der preussische Ernährungsminister hat dem Reichskabinett eine Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht. Zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wird eine ausgedehnte Verwendung technischer landwirtschaftlicher Hilfsmaschinen auf dem Lande gefordert. — Vom Reichswirtschaftsamt ist eine Vorlage betreffend die Betriebsräte ausgearbeitet worden, die schon in der nächsten Woche der Nationalversammlung vorgelegt sein soll. — Mit dem aus Rumänien heimkehrenden Generalstab 63, die in Temeswar interniert waren, ein Kommando der Generale Koch und Schuch. — In Kiel und Wilhelmshafen sind 8000 Matrosen der Minensuchabteilungen entlassen worden. Diese entlassenen Matrosen weigern sich, ihre Ausrüstung und Waffen herzugeben, wie Kiel oder Wilhelmshafen zu verlassen. Es wird in Aussicht genommen, eine größere Abteilung von der Regierung entsandt werden müssen, um die Entlassung und Überführung der Matrosen durchzuführen. — Wie aus Leipzig gemeldet wird, fordern die Entlassenen im Kreis Wittenstein einen Tagelohn von 25 Mark bei freier Wohnung. Bei Bewilligung dieser Forderung würde eine Erhöhung des Brotpreises um etwa das zehnfache eintreten. — Am 9. Juli 10 Uhr abends wurde Leutnant Steffen auf

einem Patrouillengang auf dem Wege von Alt- nach Neu-Rodiontau von zwei hinter ihm gehenden Zivilisten durch vier Pistolen Schüsse hinterrücks ermordet. Es handelt sich offenbar um einen Racheakt, da Steffen aufreizende polnische Plakate hat entwerfen lassen.

## Die russischen Kriegsgefangenen.

Da sich im Verkehr der russischen Kriegsgefangenen mit der Bevölkerung unhaltbare Zustände herausgestellt haben und die Maßnahmen der Militärbehörden keine wirksame Abhilfe der Mißstände brachten, so entschloß sich die Regierung, den Verkehr zwischen Kriegsgefangenen und Bevölkerung durch Strafandrohungen zu regeln, was nur durch Gesetz notwendig ist. Dieser dem Landtag zugegangene Entwurf verbietet Verabreichung von Speisen und Getränken an die Gefangenen ohne Ausweis, ihre Verheerung, den Geschlechtsverkehr mit ihnen, die Zulassung zu Theater und Kinos usw., Ueberlassung von Waffen. Zuwiderhandlungen sollen mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark, mit Haft oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden. Der baldige Abtransport der Gefangenen ist, wie die Begründung mitteilt, nicht in Aussicht zu nehmen.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 15. Juli. Thiele (Soz.) stellt eine Anfrage über das von der Verwaltungsstelle veräußerte Heeresgut, das dem Schleichhandel Vorschub geleistet und das Erzielen beträchtlicher Zwischengewinne ermöglicht habe. Ein Vertreter des Reichstages erteilt Auskunft, daß die Zwischengewinne sich in beträchtlichen Grenzen bewegen und teilweise der Fiskus an dem Verdienst beteiligt werde. Hierauf wird für den aus dem Präsidium ausgeschiedenen Unterstaatssekretär Schulz, Ostpreußen (Soz.) auf Vorschlag des Abg. Gröber (Z.) durch Zuruf der Abg. Lohse (Soz.) zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung einstimmig gewählt.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Hauptteil „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ fort. Artikel 107 bestimmt einleitend: Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reiche und in den Ländern. Auf Antrag des Abg. Gröber (Z.) wird der Artikel nach kurzer Debatte als einseitig gestrichen.

Artikel 108 bestimmt: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich; Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- und Berufsbezeichnung verliehen werden. Akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer auswärtigen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Abg. Heinze (D.V.) und Genossen beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über die Adelsbezeichnung, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Abg. Frau Agnes (U.S.P.) und Genossen beantragen folgende Fassung: Der Adel wird abgeschafft, Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht.

Die Mehrheitssozialisten Auer und Genossen beantragen gleichfalls Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen Rechten (nicht Pflichten).

Endlich beantragen die Mehrheitssozialisten Frau Juchacz und Genossen hinter dem Soz über die Gleichstellung von Männern und Frauen den Zusatz: Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu bezeichnen.

Auf Antrag Dr. Cuard (Soz.) wird über die sozialdemokratischen Anträge betreffend Gleichstellung der Frauen einstimmig abgestimmt werden.

Nach längerer Debatte wird der Artikel 108 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Die eingebrachten Änderungsanträge werden sämtlich abgelehnt, teilweise in namentlicher Abstimmung ohne viel Stimmenmehrheit.

Artikel 109 (Staatsangehörigkeit) wird unverändert angenommen, ebenso Art. 110 (Freizügigkeit im ganzen Reiche). Artikel 112 bestimmt den Schutz der freien vollständigen Entwicklung der fremdsprachigen Volksteile. Abg. Cohn (U.S.P.) befragt einen Antrag seiner Partei, statt „fremdsprachige Volksteile“ zu sagen: „Nationale Minderheiten“. In der Abstimmung erklärt Präsident Fehrenbach den Antrag Cohn für abgelehnt.

Artikel 113 handelt von der persönlichen Freiheit, deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll. Die Unabhängigen Agnes und Genossen beantragen dazu

die Aufhebung der Ausnahme Gesetze gegen die Prostitution. Regierungskommissar Dr. Breuß erklärt die Frage als Gegenstand der Spezialgesetzgebung und empfiehlt Ablehnung des Antrags der Unabhängigen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt und der Artikel in der Fassung der Kommission angenommen. Hierauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1/10 Uhr vormittags. Fortsetzung der Verfassungsvorlage.

## Ausland.

Basel 16. Juli. „Information“ meldet aus Paris: Die französische Regierung ist sich noch nicht schlüssig geworden, in welcher Anzahl die deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs verlangt werden sollen, oder ob sie überhaupt erwünscht sind. Bei Ueberführung größerer Arbeitermassen aus Deutschland hegt man die Befürchtung, daß bolschewistisch gesinnte Elemente ihre Ansichten nach Frankreich übertragen könnten. Die französische Regierung verhandelt gegenwärtig mit England und Italien, um von dort Hilfskräfte zu holen. Englische und italienische Arbeiter sollen aufgefordert werden, sich nach Frankreich zu begeben. Fürchten die Franzosen die deutschen Spartakisten und Bolschewisten? (Schriftl.)

Genf, 16. Juli. Herald meldet aus New York: Der für deutsche Einkäufe Deutschland zu gewährende Kredit soll 4 1/2 Milliarden Dollars betragen.

Paris, 16. Juli. Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei hat mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen, die Ablehnung der Ratifizierung des Friedensabkommens beschlossen.

Washington, 15. Juli. Das Repräsentantenhaus hat der Regierung einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der dem Präsidenten der Republik verbietet, während seiner Amtsdauer die Vereinigten Staaten zu verlassen.

New York, 16. Juli. Die Erzählungen amerikanischer Zeitungen über Gräueltaten, die die japanischen Truppen bei der Unterdrückung des Aufstandes in Korea begangen haben sollen, nehmen eine immer schärfere Form an. Jetzt wird kreisförmig ein Bericht veröffentlicht, dem zufolge die Japaner ganze koreanische Dörfer verbrannt und Frauen und Mädchen vergewaltigt haben. (Es ist wahrscheinlich, daß diese Gräueltaten dazu dienen sollen, die öffentliche Meinung Amerikas gegen Japan aufzuwecken und so ein amerikanisches Einschreiten gegen die japanische Expansion vorzubereiten.) (Schriftl.)

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. Juli. (Sitzung des Gemeinderats.) Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Erhöhung der Strompreise des Elektrizitätswerks für Licht und Kraft und Anstellung eines dritten Werkführers, erstattet der Vorsitzende dem vollständig versammelten Kollegium ausführlich Bericht über die Sitzung des vorbereitenden Ausschusses für das Elektrizitätswerk vom 7. Juli, in welcher derselbe zu Fragen des Elektrizitätswerks im allgemeinen und zu obigen Punkten im besonderen Stellung nahm. Aus dem Bericht geht hervor, daß das Elektrizitätswerk seit etwa zwei Jahren infolge der gesteigerten Betriebskosten, der erhöhten Personalausgaben und jener für die Unterhaltung eine eigentliche Rente nicht abwarf. Während 1916 noch eine Rente von 1,81 Prozent berechnet werden konnte, ist für das laufende Jahr mit einem größeren Abmangel zu rechnen. Die Anstellung eines dritten Werkführers, die nach Lage der Dinge nicht zu umgehen sei und in Rücksicht auf die Zeitverhältnisse obendrein von dem württ. Gewerbeinspektion gefordert werde, die weiterhin erhöhten Betriebsausgaben und Unterhaltungskosten ergeben, verglichen mit jenen des letzten Friedensjahres 1913, eine Steigerung der Ausgaben von rund 14000 Mark, welchen, ebenfalls mit 1913 verglichen, etwa 4000 Mark Mehreinnahmen gegenüberstehen, so daß sich ein Abmangel von rund 10000 Mark ergibt. Es müßte, um diesen Abmangel auszugleichen, und um die erhöhten Mehrausgaben mit den ungenügenden Mehreinnahmen in Einklang zu bringen, ein 40%iger Teuerungszuschlag auf die Strompreise erfolgen. Eine Rentabilitätsberechnung unter Berücksichtigung der üblichen Abschreibungen und des Aufwands auf Einrichtungen und Erweiterungen ergab für 1913 eine Rente von 3,37%, für 1914, das schon durch den Krieg beeinflusst war, eine solche von 3,19%. Er habe diese Verhältnisse dem vorbereitenden Ausschuss vorgelegt und dabei betont, daß er vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Sache dahin vertreten wissen möchte, daß dieser 40prozentige Teuerungszuschlag erhoben werden müsse, sollte das Werk rentieren. Im Anschluß daran gibt der Vorsitzende das Ergebnis einer Umfrage bei anderen Elektrizitätswerken in Sachen dieser Teuerungszulage bekannt, das ein verschiedenartiges Bild gibt. Der Ausschuss

Anzeigerpreis:  
Die einpolige Postzeitung  
oder deren Raum 20 g  
außerhalb des Bezirkes  
25 g bei Ankaufserstellung  
durch die Geschäftsstelle  
30 g Porto.  
Reklame-Zeile 20 g  
Bei größeren Aufträgen  
entsprech. Rabatt, der in  
Falle des Mahnverfalls  
hinfallig wird.

Schlaf der Anzeiger-  
Annahme 8 Uhr vorm.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für telef. Aufträge wird  
feinerlei Gebühr erhoben.



stellte sich auf den Standpunkt, daß man diese 40 prozentige Zulage nicht in Anwendung bringen soll, wobei er sich von der Hoffnung auf den Eintritt günstigerer Zeitverhältnisse leiten ließ, auch könnte vielleicht von den Abschreibungsgeldern etwas zurückgenommen werden. Er möchte sagen, daß dieses letztere Beginnen nicht korrekt sei. Das Werk müsse auf eigenen Füßen stehen, was nicht der Fall wäre, würde man Abschreibungsgelder zur Deckung des Abmangels verwenden. Der Ausschuss habe sich schließlich dahin geeinigt, dem Kollegium einen Teuerungszuschlag von 20 Prozent für Licht und Kraft nach Zähler und einen solchen von 30 Prozent nach Pauschale vorzuschlagen. Das würde aber zur Deckung des Abmangels nicht genügen; er persönlich war mit dem Beschluß des Ausschusses nicht einig und stehe auch heute noch auf diesem Standpunkt. Man komme schließlich mit der vom Ausschuss vorgeschlagenen Teuerungszulage durch, aber an eine Abführung von Ueberschüssen an die Stadtplatz sei nicht zu denken, man müsse vielmehr in diesem Falle die Mehrausgaben durch die Steuerumlage decken.

In der folgenden Aussprache geht Gemeinderat Kähler in längeren Ausführungen auf die veränderten Zeitverhältnisse seit Gründung des Werkes ein, welchen man heute Rechnung tragen müsse. Man müsse große Anstrengungen machen, um das Werk auf der Höhe zu erhalten und es rentabel zu gestalten. Kleinere Werke arbeiten wirtschaftlich immer teurer als größere Werke. Er verspricht sich vom Uebergang vom Gleich zum Drehstrom und den dadurch ermöglichten Anschluß an ein größeres Werk einen Vorteil. Das Werk müsse rentieren, wenn anders es nicht zu einem lästigen Anhängsel im Gemeindehaushalt werden soll. Zur Deckung des Abmangels müsse eine dementsprechende Teuerungszulage erhoben werden. Er redet einer solchen von 40 Prozent das Wort. In Bezug auf die Anstellung eines weiteren Werkführers, wobei er sich einen Fachmann denkt, ist er der Meinung, daß sich dieselbe nicht umgehen läßt. Gemeinderat Vlach verpflichtet den Ausführungen des Vorkredners in allen Teilen bei, wobei er noch erwähnt, daß von den Abnehmern eine Zählermiete nicht erhoben werde. Gemeinderat Kaiser tritt für einen Zuschlag von nur 20 Prozent ein, namentlich deshalb, um Industrie hereinzubekommen, die abgedrückt werde, wenn sie zu hohe Strompreise bezahlen müsse. Gemeinderat Hartmann ist für den Kommissionsantrag, Gemeinderat Lutz spricht sich für eine Zulage von 40 Prozent aus, desgleichen Gemeinderat Kolzapsel; Gemeinderat Pfister regt eine Erhöhung von 30 Prozent an. Ein Vermittlungsantrag vom Gemeinderat Titellius von 30 Prozent für Licht und Kraft nach Zähler und 40 Prozent nach Pauschale findet auch die Unterstützung von Gemeinderat Bollmer. Diesem Vorschlag stimmt das Kollegium einstimmig bei. Der Teuerungszuschlag tritt ab 1. August in Kraft. Weiter tritt das Kollegium dem Ausschussantrag auf Anstellung eines weiteren sachmännischen Werkführers ab 1. September bei. Die Anstellungsbedingungen sollen noch festgesetzt, die Stelle im Bezirksanweisblatt und im Forstheimer Anzeiger zur öffentlichen Verwerbung ausgeschrieben werden. Ein weiterer Antrag des Ausschusses, die Vergütung für die Wasserpumpe an die Elektrizitätswerkskasse von seitherigen 400 auf 600 Mark festzusetzen, findet einstimmige Annahme, desgleichen die Abänderung der Bestimmung über Pauschalschlüsse bei mehr als 20 Meter Entfernung, wonach bisher als Anlagekapital für den laufenden Meter Mk. 1.20 zu Grunde gelegt war; künftig sollen die tatsächlichen Kosten in Rechnung gestellt werden. Gemeinderat Heinzelmann regt bei dieser Gelegenheit an, ob bei einem künftigen Ausbau des Werkes nicht die Strecke unterhalb der Rotenbach für eine Filiale ins Auge gefaßt werden könne; das würde eine gute Einnahmequelle ergeben, worauf vom Vorsitzenden auf einen dahingehenden Gemeinderatsbeschluss vom 26. März ds. Js. hingewiesen wird, in welchem die Frage der Ausnützung der zwischen Rotenbach und der Eisenfurt befindlichen Entwässerkanäle zur Gewinnung von 200 P. S. von Stadtbaumeister Eriebel für technisch

möglich beantwortet und letztere mit der Ausarbeitung eines generellen Projekts beauftragt wurde.

Für die Stelle eines Feldbüchlers haben sich gemeldet: Karl König, Zementarbeiter, und Christian Dietrich, Belgengerber. In geheimer Abstimmung wird letzterer einstimmig mit achtstägiger Kündigungsfrist gewählt. Das Loggeld wird auf 10 Mark festgesetzt. Die Beiträge für die Kranken- und Invaliditätsversicherung werden auf die Stadtkasse übernommen. Derselbe hat seinen Dienst am Montag den 21. Juli anzutreten.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Arbeiterrats, König, ob es nicht möglich sei, von im Staatsanzeiger ausgeschriebenen 400.000 alten Militäreinheiten für die Pandarbeiterschule zu flicken, werden ein kleineres Quantum zum Preise von Mk. 1.50 das Kilo anzuschaffen, wird beschlossen, 100 Kilo beim Kommunalverband zu bestellen.

Delan Uhl als Kassier der Kleinkinderschule sucht mit Rücksicht auf die gesteigerten Ausgaben um Erhöhung des Beitrages der Stadt von bisherigen 70 auf 400 Mk. und entsprechende Erhöhung des Schulgeldes, das bisher 50 Pfg. monatlich betrug, nach. In dem Gesuch ist nachgewiesen, daß die Einnahmen nicht mehr ausreichen, um die gesteigerten Kosten zu decken. Die Erhöhung des Schulgeldes wird mit Rücksicht auf die Besucher als nicht geeignet gehalten, vielmehr beschlossen, den Beitrag von 70 auf 650 Mk. jährlich zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß das Schulgeld nicht erhöht wird. Die Reinigungsarbeiten werden wie bisher von der Stadtkasse bestritten.

Von dem Vorkredit der Sicherheitsleistungskasse von Stadtpflegger Eßlich wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende bringt den Kassenbericht der Armenpflege, welcher weder Abmangel noch Ueberschuss aufweist, ohne Erinnerung zur Kenntnis des Kollegiums.

Ein Gesuch der Bäckermeister Faust, Kaiser, Kirn und Müller um Zuweisung von je 15 Meter Brennholz zur rationellen Ausnützung ihres Gewerbebetriebs wird nach kurzer Aussprache genehmigt.

Das Reise- und Verkehrsbüro Rominger in Stuttgart ladet zu einer Reise in den von ihm herausgegebenen Württ. Reisekalender für 1920 ein. Der Kalender wird als wirklich mustergetreu bezeichnet, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zeilage jedoch beschloffen, für 1920 Abstand zu nehmen und in späteren Jahren darauf zurückzukommen. Gemeinderat Heinzelmann regt hierbei an, schönere Ansichten von Neuburg herzustellen und geeignete Klischees zu bestellen, da die bisherigen nicht entsprechen. Die Anregung wird zustimmend aufgenommen.

Das Forstamt Neuburg fragt an, ob das aus dem Durchbau bei dem Straßenbau Neuburg-Waldbrunn genommene Holz als außerordentlicher Holzbesitz betrachtet werden wolle, was in bejahendem Sinne beantwortet wird. Weiter bringt das Forstamt mit Rücksicht auf den Holzmangel zur Kenntnis, daß die Möglichkeit geboten sei, nochmals einen außerordentlichen Holzbesitz in den Stadtwaldungen vorzunehmen. Auch dies wird für notwendig gehalten. Hierbei spricht Gemeinderat Heinzelmann unter Berufung auf die Aussage eines Unterbeamten dem Ortsvorsteher einen Tadel aus, weil die Holzverluste erst vorgenommen wurden, nachdem der Weg gesperrt war. Der Vorsitzende verwahrt sich gegen diesen Tadel und will nach Anhörung des betr. Unterbeamten Aufklärung geben, stellt aber sofort fest, daß die Bauleitung unbedingt auf Sperre der Straße gedrängt habe und hierdurch eine Zwangslage entstanden sei.

Der Vorsitzende macht Mitteilung von der Einladung des Reichsbundes für Kriegsbefähigte, Ortsgruppe Neuburg, an Stadtvertreter und Gemeinderat zu der am kommenden Sonntag im Ankerfalle stattfindenden Rasenverlammlung, wobei er die Ziele und Bestrebungen der Vereinigung zur Kenntnis bringt. Verschiedene Mitglieder des Kollegiums äußern sich hierzu. Als Ergebnis stellt

der Vorsitzende fest, daß der Gemeinderat den Wünschen und Forderungen des Reichsbundes der Kriegsbefähigten wohlwollend gegenübersteht soweit er zuständig ist; Gemeinderat behält sich jedoch vor, zu dem einzelnen Falle je nach Lage der Dinge besonders Stellung zu nehmen.

Einen angenehmen Schluß der Sitzung bildet die Mitteilung des Vorsitzenden von der Spende einer Summe von 10000 Mk. durch den Inhaber der Firma Hauerei u. Sohn, Kommerzienrat Schmidt, dazu bestimmt zur weiteren Ausschmäkung der vom Spender zur Verfügung gestellten Seilerbahnhölzer Verwendung zu finden. Das Kollegium nimmt von dieser Spende Kenntnis und beauftragt den Vorsitzenden, dem Spender für diese wiederholt hochherzige Zuweisung den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

### Württemberg.

Stuttgart, 16. Juli. Einen Wochenlohn von 180 Mk für Ueberstunden 25%, für Sonntagsarbeit 50%, fordern die Stuttgarter Brauereiarbeiter, obgleich sie erst im April alle Wünsche erfüllt bekamen und die Brauereien daher, weil eine Bierpreissteigerung vom Ernährungsausschuss abgelehnt wurde, mit Verlust arbeiten. Die Unternehmungen haben die Forderungen abgelehnt; erst am 1. Oktober, nach einer Uebersicht über die künftige Bierpreisverteilung, soll eine Uebersicht über die weitere Lohnverteilung gesprochen werden. Die Arbeiter haben den Schlichtungsausschuss angerufen.

Esslingen, 16. Juli. Zwischen hier und Heilbronn wurde ein Deuwagen angehalten und kontrolliert, wobei ein frisch geschlachtetes Kalb zum Vorschein kam. Sie kam von einer Schwarzschlachterei des Gottlieb Pöckel vom Hof bei Kirchheim u. L. Das Fleisch wurde beschlagnahmt.

Tuttlingen, 16. Juli. Der 60 Jahre alte in Heilbronn beheimatete Uhrmacher Andreas Stieger von Wäldheim a. L. ist hier verhaftet worden, weil er sich an einem 13 Jahre alten taubstummen Mädchen auf freiem Felde in unzüchtiger Weise vergangen hätte.

Spaichingen, 16. Juli. Dem evangelischen Pfarrer von Wiblingen wurde nachts eine Handgranate ins Schlafzimmer geworfen, die große Verheerungen anrichtete, aber niemand verletzte. Den Anlaß zu dieser gemeinen Verfehlung soll die aufrichtige vaterländische Gesinnung des Pfarrers gegeben haben, der auch seine Ansichten über die Ursachen unserer Niederlage offen ausspricht. Im Verhale der Täterschaft steht ein krüppelhafter Mensch, der ein Soldat war und nur das Werkzeug für andere abgab.

Urach, 15. Juli. Die schon Mitte Mai in einer öffentlichen Versammlung angestrebte Gründung einer Bauernvereinsgesellschaft zur Hebung des Wohnungsmangels ist jetzt unter Beitritt von 65 Mitgliedern vollzogen. Der Geschäftsanteil jeden Mitglieds beträgt 200 Mark. Ein Mitgliedsbeitrag kann bis zu 50 Geschäftsanteile erworben werden. In den Vorstand wurden gewählt: Gemeinderat Hipp, Fabrikant Wendt und Werkmeister Heiderle. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern.

Giengen a. D., 15. Juli. Einem hiesigen Wirt die seltene Gelegenheit geboten worden, vor einigen Tagen ein Quantum erstklassigen Stuttgarter 1918er Rotwein von vom Erzeuger für einen Preis zu erhalten, der es ihm ermöglicht, das 1/2 Liter zu 2 Mark in Kaufhaus zu bringen. Dieses, Erzeuger und Wirt in gleicher Weise ehrenbevollkommnis dürfte wohl in Württemberg einzig dastehen.

### Wie ist das möglich?

Aus Gerlingen O/A. Böblingen wird der SchiedsTagewacht geschrieben: Aus den Bezirksblättern durfte erfahren, daß an die Einwohnerschaft der Oberamtlichen Leonberg von dem feindlichen Auslandsmüch auf den Kopf der Bevölkerung sieben Pfund zur Verteilung kamen. In übrigen Bezirk und auch anderwärts entfielen nur 2 Pfund auf den Kopf. In der Gemeinderatsversammlung kam die folgende Vorgang zur Sprache. Der Vorsitzende teilte mit, es sei dem Staatsvorstand von Leonberg infolge persönlicher

## Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Troschedt.

591

(Schluß von vorher.)

Mit diesem Verhüllenen hat es aber eine eigene Bedeutung; man sagt ihm so ehrenwürdige Dinge nach, daß der greise Fürstmann es für geboten hielt, mir zu erzählen, was der Wahrheit gemäß den Baron Hochfeld in die Fremde hinausgetrieben. Er war in Schulden geraten, von seinen Gläubigern arg bedrängt worden und hatte keinen andern Weg zur Rettung gefunden, als seinen Freund, den Bankdirektor von Wellnitz, um ein Darlehen zu bitten. Wellnitz hatte aus der ihm anvertrauten Kasse das Geld genommen, wahrscheinlich doch auf das Versprechen hin, daß Hochfeld die Summe bis zu einer bestimmten Frist zurückgeben wollte. Als dann Kassenrevision angemeldet wurde, entfloh Baron Hochfeld, welcher in einem zurückgelassenen Schreiben auf das Majorat in aller Form Verzicht leistete. Dem unglücklichen Bankdirektor aber blieb nichts weiter übrig, als sich eine Kugel durch den Kopf zu jagen. In demselben Augenblicke, wo die Revision stattfinden sollte, fand man ihn tot im Walde auf. Er hatte sein junges Weib, den einzigen Sohn, einen unbestimmten, bejammerwürdigen Schicksal preisgegeben. Der Witwe wurde alles genommen, die Häuslichkeit, die Ehre; gramgebeugt dachte sie dahin; wenige Monate nach jenem sensationellen Ereignis trat man auch sie zu Grabe.

Da nahm sich der jüngere Bruder des verschwundenen Barons, der jetzige Majoratsbesitzer, des verwaiseten Knaben, des kleinen Wellnitz an, erzog ihn wie seinen eigenen Sohn, gab ihm die Rechte eines solchen. Friedrich Wellnitz, der Sohn des unglücklichen Bankdirektors, hat im Schlosse Hochfeld eine harmonische, beneidenswerte Jugend durchlebt und ist jetzt mit Baroness Edith, der einzigen Tochter des Barons, verlobt. Der junge Wellnitz ist der einzige, welcher bei diesem Drama profitiert hat, denn die Baroness ist ein Engel an Güte und Schönheit, west, wie eine Heilige angesehen und verehrt zu werden.

Ich habe Dir all diese Vorkommnisse so eingehend berichtet, lieber Vater, weil Du die einzelnen Personen vielleicht doch dem Namen nach kennst. Es könnte aber auch, und der Gedanke läßt mich nicht los, eine Verbindung zwischen Dir und jenem Wolfgang bestehen, und das würde mich sehr unglücklich machen. Ich kann mir nicht vorstellen, lieber Vater, daß Du auch nur je Deiner Ehe etwas vergeben haben solltest, und lieber will ich Dir als den Sohn eines achtlichen Inspektors oder Aufsehers, denn als den leichtfertigen und gewissenlosen Barons wissen, der seinen besten Freund ins Unglück stürzte, so daß ihm nur die Wahl zwischen dem Judenhause und dem Tode blieb. Bitte, befreie mich bald aus dieser Ungewißheit, die mir schwer zu tragen macht.

Ich habe dem würdigen Forstmeister nicht verraten, daß mein Vater hier heimlich abgerechnet ist, er hält mich für einen Lousen, dem es sein schönher Wald angetan. Und so ecklose Dinge sagt man dem verschwundenen Barons nach, daß Herr von Hübner es für seine Pflicht hielt, mir das mitzuteilen, was, jetzigen Angaben nach, der Wahrheit entspricht.

Noch etwas Wertwürdiges habe ich Dir zu berichten. Es gibt hier einen Bergwerksdirektor Trindorf, dem Ansehen nach der Gatte Deiner Wirtin. Hast Du eine Ahnung, was die beiden Menschen, welche sich von ganzem Herzen liebhaben, zur Trennung veranlaßte? Frau Trindorf war lange Zeit Gesellschaftlerin der Baronin Hochfeld und Ediths beste Freundin. Nach ihrer fluchtähnlichen Abreise von hier hat sie nichts wieder von sich hören lassen. Ob sie schuld an dem ehelichen Zerwürfnis ist? Trindorf grämt sich um sein verlorrenes Glück, doch darf niemand den Namen seiner Frau in seiner Gegenwart nennen. Keiner weiß, was zwischen den beiden vorgefallen.

Ruh schlief ich, lieber Vater, Du weißt, wie bange und ungeduldig ich auf Antwort harre; gib sie bald, damit wenigstens diese Sorge von mir weicht. Es ist ja wunderbar schön hier, aber ich wollte doch, ich wäre daheim geblieben, in den Bergen und wilden Schluchten, welche mir Heimat sind. Das ist alles wie ein Märchenroman, muß ein solches bleiben. Aber lass man sich in

der schalen Wirklichkeit wieder froh fühlen und glücklich sein, wenn man ein Märchenland gekostet, muß man nicht in Sehnsucht nach demselben vergehen? Die Welt ist so auch heimmlich, was mich quält.

In dancem harren  
Dein treuer Sohn  
Ragnus.

Er brachte das Schreiben sogleich zur Post, schreie er, es könne ihm noch leid werden, den Brief geschrieben zu haben.

Rach schritt er, ohne rechts noch links zu schauen, waldeinwärts.

Er dergewöhnliche sich die einzelnen Momente, das Verhalten seines Vaters ihm rückwärts erschauen ohne sichtbaren Grund war derselbe oft von einer großen Trauer erfüllt gewesen; in düsterer Schwermut hatte er tagelang sich von dem Sinnen zurückgezogen. Ragnus hatte er jedoch keine Umgebung unter diesen Umständen leiden lassen. Ragnus konnte seinen Vater als gütigen, nachsichtigen Menschen. Ein glänzendes Vorbild edler Selbsteberziehung und kraftvoller Willenskraft war ihm der Vater stets gewesen. Wenn man heimliches Leid ihn peinigte, so hatte er es für sich selbst getragen.

Warme, kindliche Liebe und Dankbarkeit durchströmten sein Herz, und man bereute es doch, den Brief geschrieben zu haben. Was sollte der Vater von ihm denken? Hier er ihn nicht geradezu verdächtigt, ihn tief beleidigt? Er bitter mochte der unter dem seltsamen Schreiben leidend einen förmlichen Red gab es ihm, trieb ihn, Post zu eilen und den Brief zurückzufordern. Ragnus war es noch nicht zu spät.

Er zog seine goldene Uhr. In demselben Augenblicke tänke ein Pfiff herüber von der Bahn. Der Zug fuhr von dem Bahnhof, welcher die Briefe mitnahm. In Glück.

Die Kugel war im Rollen. Wenn würde sie wichtig und trafen?

(Schluß folgt.)

Freundschaft mit einem Herrn bei der Landesversorgung...  
100 Zentner Auslandsweizen zu erhalten. In Stuttgart und  
im übrigen Land gab es auf den Kopf der Bevölkerung  
450 Gramm Auslandsweizenmehl, in Leonberg aber, wie  
das selbe Blatt mittelt, 2 1/2 Pfund Auslandsweizenmehl,  
es wurde in Leonberg in beliebigen Mengen seitens der Ge-  
meinde das Pfund zu 17,50 M. ausgeben.

### Baden.

**Pforzheim, 16. Juli.** Der Betrüger Adolf Kom-  
bach aus Bräunlingen bei Donaueschingen, welcher am 19.  
Juni dem Bijouteriefabrikanten Noek von Pforzheim  
900000 Mark in Fünfsigmarktscheinen abschwindelte, ist in  
München verhaftet worden. Etwa 150000 Mark hatte er  
schon bei sich. Den Verbleib der vermutlich vergrabenen  
Restsumme verweigert er anzugeben. Reichlich 300000  
Mark sind schon früher beigebracht worden, sodaß die größ-  
te Hälfte des Geldes nun wieder zur Stelle ist. Auf Kom-  
bachs Ergreifung war bis zu 500000 Mark Belohnung aus-  
gesetzt.

**Heidelberg, 16. Juli.** Bei dem Brande der Heft-  
maschinen in Bammental wurden etwa 100000 Sach-  
schaften zerstört. Der Gesamtschaden be-  
trägt sich auf 2 Millionen Mark, wovon auf Gebäude etwa  
400 Mark entfallen. Das Feuer soll im künftigen Stroh-  
ball entstanden sein. Das Viehsterben ist vollständig aus-  
gebrochen. Durch den Brand verliert die Gemeinde ein Fünftel  
ihres Einkommens aus der Umlage.

### Vermischtes.

Die glückliche Schweiz. Im Deutschen Reich  
werden die Fleischpreise erhöht; in der Schweiz schlagen sie  
ab. In der „Schweizer. Revue“ vom 8. Juni lesen  
wir: Von überallher wird ein rapides Fallen der Schlacht-  
viehpreise gemeldet. Die „Revue“ schreibt zu die-  
ser Situation: Es ist amerikanisches Geflügel eingetrof-  
fen, und es stehen weitere Vieh- und Fleischzufuhren in  
Aussicht. Darum mit aller Macht: Herunter mit den  
Preisen!

**Sodann: Der „Berliner Marktbericht“ vom 1. Juli** be-  
zogen: Die Lebensmittelpreise der größeren Städte und Ort-  
schaften scheinen noch über größere Kartoffelvorräte zu ver-  
fügen, für die es ihnen an Absatz fehlt, so daß ein stadt-  
bewusstes Blatt die Verschwendung derselben an die notleidenden  
Deutschen und Oesterreicher empfiehlt.

Die Kirchen in der Schweiz 65-80 Kapellen;  
bei uns glücklichen 1,30 M. und mehr das Pfund.

Sie sind am 1. Juli 1 1/2 Millionen Stück „tadellos“  
aus Warschau eingetroffen — also an Deutschland und  
Oesterreich vorbei; große Eierfunden seien auch aus  
Amerika, Dänemark und Italien teils bereits eingetroffen,  
teils angemeldet.

**Zabul gerade genug.** In Sumatra lagern drei  
Jahre lang mit 500000 Ballen, dazu kommt die neue  
Ladung mit 280000 Ballen. In Amerika sind 1 1/2 Milliarden  
Fund angeliefert, also Zabul in Hülle und Fülle — wenn  
man sie nur schon hätten! So muß aber vorderhand noch  
Kraut geruchet werden, daß es nicht nur den Rauchern da-  
bei überflüssig wird, sondern auch allen, die davon zu riechen  
bekommen.

### Niedgang der Viehpreise in der Schweiz.

In der Schweiz ist gegenwärtig ein großer Niedgang  
der Viehpreise zu verzeichnen. Auf den Märkten herrscht  
besonders in der Schweiz ein starkes Angebot. Die Preis-  
schwäche betragen bis zu 40 Proz. So wurde auf dem  
Markt in Zofingen für einjährige Küder, die im Mai noch  
900 Frs. galten, nur noch 400 bis 600 Frs. bezahlt. Auch  
auf dem Schweinemarkt zeigt sich ein starkes Nachgeben der  
Preise.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 17. Juli.** Seit längerer Zeit waren  
Gerüchte im Umlauf, daß noch in diesem Jahre sämtliche  
an Lebenszeit gewählten Oesterreicher sich einer Neuwahl  
zu unterziehen hätten. Tatsächlich ist ein Gesetzesentwurf im  
Ministerium bereits ausgearbeitet worden. Bei einer  
Besprechung des Ministers des Innern mit den politischen  
Parteien in diesen Tagen hat sich aber ergeben, daß sämt-  
liche Parteien des Landtags (einschl. der Sozialdemokraten)  
gegen eine Neuwahl noch in diesem Jahre sich ausgesprochen  
haben.

**Stuttgart, 16. Juli.** Die württ. Regierung hat  
am 10. Juli verfügt: In Genehmigung ihrer Abschiedsge-  
suche werden mit der gesetzlichen Pension zur Disposition  
gestellt der General der Kavallerie Wilhelm Herzog von  
Ludw., Graf von Württemberg, von der Armee, die General-  
major Graf, Kommandeur der 54. Inf.-Brigade, Josefhanf.

### Oberamt Neuenbürg.

#### Höchstpreise für Erbsen.

Von der Landesversorgungsstelle beziehungsweise von  
dem Kommunalverband sind für Erbsen (grüne Brodeleerbsen)  
folgende Höchstpreise für das 1/2 Kilo festgesetzt worden:

Erbsen	28 J
Großhandelspreis	35 J
Kleinhandelspreis	42 J

Die Ueberschreitung dieser Höchstpreise ist strafbar.  
Den 16. Juli 1919. J. B. Killing, Reg.-Rf.

### Oberamt Neuenbürg.

**Betr. die Rohstoffablieferung aus Rindvieh- und  
Schafschlachtungen gemäß der Bundesratsverordnung  
vom 16. 3. 16.**

Wie festgestellt worden ist, besteht in einzelnen Ge-  
meinden die Meinung, daß infolge der politischen Umwäl-  
lungen der Rohstoffablieferungszwang aus den Rindvieh- und  
Schafschlachtungen aufgehoben sei.  
Diese Ansicht ist durchaus falsch. Nach dem Gesetz der

Kommandeur der 52. Inf.-Brigade, Schmidt-Röppchen von  
der Armee, Maj. Kommandeur der 27. Feldart.-Brigade,  
die Obersten Schlee von der Armee, mit der Erlaubnis zum  
Tragen der Uniform des Feldart.-Regts. Nr. 29, Braunbe-  
von der Armee, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform  
der Train-Abteilung Nr. 18.

**München, 15. Juli.** Vom Landgericht wurde nach  
dreitägiger Verhandlung der Studentenchriftsteller Ernst  
Zoller aus Samoschin, Kreis Bromberg, wegen Verbrechens  
des Hochverrats unter Annahme von mildernden Umständen  
zur gefänglich zulässigen Mindeststrafe von fünf Jahren  
Festungshaft verurteilt. Eine ehrlöse Bestimmung konnte bei  
dem Angeklagten nicht festgestellt werden, wohl aber  
mildernde Umstände, die auch Strafmilderung wirkten.

**Weimar, 17. Juli.** Der Staatenausschuß stimmte  
gestern einem Gesetz zu, wonach diejenigen Beamten, die  
mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einver-  
standen sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit  
Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst  
gestanden haben.

**Weimar, 17. Juli.** In der Nationalversammlung  
wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Abschaffung der  
Todesstrafe abgelehnt.

**Berlin, 16. Juli.** Die Entente-Kontrollkommission  
für Deutschland nimmt am 15. August ihre Tätigkeit in  
Deutschland auf. In Berlin sind allein für 10 Kommis-  
sionen große Räumlichkeiten gemietet worden, die am 15.  
August bezogen werden. — Im Fürstentum Vircenfeld haben  
Bestrebungen zur Absonderung vom Reiche und Anschluß ans  
Saargebiet eingesetzt.

**Berlin, 17. Juli.** Die Zeugenernehmung über die  
Rohstoffablieferung Eichhorn im Untersuchungsausschuß der  
preussischen Landesversammlung ergab gestern u. a., daß von  
einer aus Rumänien eingetrossenen großen Geldsumme auf  
dem schlesischen Bahnhof durch Eichhorn'sche Sicherheits-  
mannschaften fünf bis sechs Millionen Mark geraubt wurden.

**Berlin, 17. Juli.** Dem Protest der Sozialisten  
Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewalttätigen  
Imperialismus der Entente am 21. Juli schließt sich der  
sozialdemokratische Parteivorstand an. In dem beglücklichen  
Aufruf an die Parteigenossen wird gegen die Pläne der Un-  
abhängigen Front gemacht, auch diese Angelegenheit zu einer  
Debatte gegen die bestehende Regierung und zu einer neuen  
Beurteilung des deutschen Volkes zu benutzen.

**Berlin, 17. Juli.** In der gestrigen Fraktions-  
sitzung der sozialistischen Arbeiterräte erklärte Brodt, daß es den  
Parteigenossen nicht zugemutet werden könne, mit den Unab-  
hängigen und Kommunisten in dem Volksgesetz und den  
Vollversammlungen noch länger zusammenzuarbeiten. In  
der letzten Volksgesetz Sitzung seien die Kommunisten in der  
schlimmsten Weise über die Sozialisten hergefallen. Alle  
Redner begrüßten den Vorschlag, aus dem Volksgesetz aus-  
zutreten, mit Genugtuung. Es wurde eine entsprechende  
Erklärung einstimmig angenommen. In der heute statt-  
findenden Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte  
werden die Mehrheitssozialisten nicht mehr teilnehmen. Der  
Zusammenschluß mit den Demokraten wird von verschiedenen  
Vorgeschlägen als bevorzugen angesehen.

**Hamburg, 16. Juli.** Nach den Bestimmungen der  
Waffenstillstandskommission sind bisher von den im Ham-  
burger Hafen liegenden oder in Hamburg beheimateten  
Schiffen 103 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1162521  
Nettotonnen an die Entente zur Ablieferung gekommen.  
Dazu entfallen auf die Hamburg-Amerika-Linie 31 Damp-  
fer mit 417045 Rbm.

**Rotterdam, 16. Juli.** Laut Nieuwe Rotterdammer  
Courant erklärte Wilson in seiner in der Carnegiehall ge-  
haltenen Rede, daß die Gebiete, die von den Alliierten be-  
setzt werden müßten, alle um amerikanische Besatzungstruppen  
bitten, da sie wissen, daß sie dann eine feindliche Besatzung  
und Verfall erlitten.

**Rotterdam, 16. Juli.** Lloyd George hat in  
bestimmter Form die Intervention hoher Persönlichkeiten  
in Sachen der Aburteilung des ehem. Kaisers Wilhelm II.  
abgelehnt. Die Liberalen haben ihre Anfrage im Unter-  
haus zurückgezogen. Die „Times“ schreiben hierzu, daß  
Schicksal Wilhelms II. würde trotz aller Gegenversuche bis  
zum Herbst in London entschieden.

**Paris, 16. Juli.** Infolge des Beschlusses des Na-  
tionalrates der sozialistischen Partei Frankreichs gegen den  
Friedensvertrag mit Deutschland zu stimmen, ist die  
schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifizierung  
endlich gefährdet. Treten die sozialistischen Deputierten  
der Kammer dem Beschluß des Nationalrates bei, so ist die  
Möglichkeit gegeben, daß die Ratifizierung nur durchzuführen  
ist, wenn die Regierung sich zu nachträglichen Konzessionen  
bereit findet. Die parlamentarische Situation ist aber nach  
hochkritisch geworden.

Nationalversammlung vom 4. März 1919 bleiben sämtliche  
Bundesratsverordnungen in Kraft, soweit sie nicht ausdrücklich  
aufgehoben werden. — Die Bundesratsverordnung vom  
16. März 1916, auf welcher der Rohstoffablieferungszwang  
aufgebaut ist, ist aber noch nicht beseitigt.

Daher muß auch das Rohstoff aus Rindvieh- und  
Schafschlachtungen restlos an die zuständige Schmelze  
zur Ablieferung kommen.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, verfährt  
sich aufs Schwerste gegen die Gesamtbevölkerung Deutsch-  
lands, da nur bei regelmäßiger Rohstoffablieferung die  
Margarineversorgung aufrecht erhalten werden kann.

Aus diesem Grunde muß gegen alle diejenigen, welche  
gegen die obengenannte Rohstoffverordnung verstoßen, mit  
allen strafrechtlichen Mitteln vorgegangen werden. Es wird  
insbesondere darauf hingewiesen, daß nach § 11 der eingangs-  
genannten Verordnung gewerbliche Betriebe, deren Unter-  
nehmer oder Leiter sich in Befolgung der ihnen hienach ob-  
liegenden Pflichten unzuverlässig zeigen, geschlossen werden  
können.  
Den 14. Juli 1919. J. B. Killing, Reg.-Rf.

**Versailles, 16. Juli.** Die gesamte Pariser Morgen-  
presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen See-  
geanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen  
daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich Journal,  
in dem Brief den Eindruck zu erwecken sucht, als handle  
es sich bei den Zusammenstößen französischer Soldaten mit  
Personen in Berlin um einheitliche vorbedachte Handlungen.  
Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, fran-  
zösische Soldaten schützen zu lassen, müßten sich diese selbst  
Schutz verschaffen. Natin verlangt, daß die französischen  
Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu  
tragen. Marshall Foch soll von der deutschen Regierung  
die Zahlung von 100000000 Frs. Schadenersatz an die Fa-  
milie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er  
eine Strafe von 1 Million Frs. verlangt.

**London, 15. Juli.** Der Ausschuß, der sich mit dem  
Ausländergesetz befaßt, hat seinen Beschluß vom 10. Juli  
zurückgezogen und die Klausel, die den englischen Firmen  
verbietet, mehr als 10 Prozent ausländisches Personal zu  
beschäftigen, verworfen. — Der „Manchester Guardian“ er-  
fährt, daß auch England beabsichtigt, für deutsche Einkäufe  
in den den nächsten sechs Monaten einen Milliardenkredit  
zu bewilligen. Das Blatt nennt als Summe 1-2 Milliarden  
Schilling.

**London, 16. Juli.** 150000 Bergarbeiter von West-  
Yorkshire haben gestern abend infolge des Abbruchs der  
Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die  
Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die  
Arbeit niedergelegt.

### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart, 16. Juli.** In der heutigen Sitzung  
stand der Etat des Justizministers zur Beratung. Nach  
einem von dem Abg. Resper (S.) ergänzten Ausschuss-  
trag sollen alle Volksschichten, auch die Frauen, zum Amt  
als Schöffen und Geschworene, gleichmäßig herangezogen und  
der Gebührensatz erhöht werden. Der Antrag fand im  
Hause keinen Widerspruch. Die vorgebrachten Wünsche be-  
zogen sich in der Hauptsache mit der schlechten wirtschaftlichen  
Lage der Rechtsanwältinnen, mit den Ansprüchen der Kriegs-  
referendare, der Heranziehung der Lehrer als Schöffen zu  
den Jugendgerichten, der übermäßigen Beschäftigung der  
Richter in Zivil- und Strafsachen, der möglichen Einschränkung  
der Untersuchungshaft, der Eidesverweigerung vor Gericht  
usw. Der Abg. Schoef (D. h. P.) nahm sich in warmen  
Worten des von der Frau Jettin (U. S. P.) angegriffenen  
Justizministers Dr. Kiess an, der sich in schwerster Stunde  
der Regierung in der lautersten Absicht zur Verfügung ge-  
stellt habe und deshalb den vollen Dank des Landes verdiene.  
Der Minister versicherte weitgehende Berücksichtigung der  
vorgebrachten Wünsche zu, soweit sie nicht bereits berücksichtigt  
sind. Nach seinen Mitteilungen hat der Krieg große Lücken,  
besonders in die Klasse der höheren Justizbeamten gerissen.  
Vor allem wandte sich der Minister gegen eine zu frühzeitige  
Pensionierung der Richter, nicht so fast wegen der erheblichen  
Pensionslasten, die dadurch dem Staat erwachsen, sondern  
vor allem deshalb, weil jene Richter über eine reiche Lebens-  
und Berufserfahrung verfügen. Nach Verabschiedung des  
Justizetat's beschäftigte sich das Haus in eingehender Weise  
mit den Arbeitern- und Bauernwahlen, die nach dem neuangebrachten  
Gesetzesentwurf als Kontrollorgane auf dem Gebiet des Er-  
nährungs- und Wohnungswezens vorerst bestehen bleiben  
sollen. Den Unabhängigen ging aber dieses Gesetz nicht  
weit genug, während die Rechte des Räte-system überhaupt  
ablehnte. Das Gesetz wurde denn auch gegen die Stimmen  
der Bürgerpartei und der Unabhängigen in dritter Lesung  
angenommen. Die Entwürfe über die russischen Kriegsge-  
fangenen sowie über die Erlassung von vorübergehenden  
Regierungsanordnungen zum Schutz der Bevölkerung und  
der öffentlichen Sicherheit bei außerordentlichen Fällen  
wurden an den Staatsrechtlichen Ausschuß überwiesen.  
Außer einigen Anträgen steht für morgen der Etat des  
Innern und des Ernährungsministers zur Beratung.

### Weitere Verkehrsveränderungen.

**Stuttgart, 17. Juli.** In der gestrigen Sitzung des  
Finanzausschusses teilte Unterstaatssekretär Gähler im Namen  
des Staatsministeriums mit, daß auf 1. Oktbr. 1919 die  
Post-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren wieder erhöht  
werden müssen. Man rechnet mit einem Mehrergebnis von  
17-18 Millionen für Württemberg. Nach einer Mitteilung  
des Finanzministers werden die Posten und Eisenbahnen  
schon am 31. März 1920, also ein Jahr früher wie geplant,  
auf das Reich übergeben. Präsident v. Meißner teilte mit,  
daß infolge unserer schlechten Valuta im Weltpostverein eine  
Gebührenerhöhung für Deutschland vielleicht auf 30 Pfg.  
eintreten müsse.

## Feine blaue Leine

für Kostüme, Staubmäntel,  
Blusen, Röcke, Jupons,  
Mädchen- u. Anabenkleider  
:: Vorhänge, Unlets u. ::  
empfiehlt sehr preiswert

### Fr. Seuser, Herrenalb.

Muster zu Diensten.  
Sofort nach Modenaufhebung offerierte greifbare  
**Lebensmittel für Grossisten und Händler:**  
Schmalz, Fett, Speck, Schinken, Olivenöl, Speiseöl,  
Schokolade, Kakao, Tee, Kaffee (gedr. und roh),  
Reis usw., gegen vorherige Kasse durch Sicherstellung auf  
der Darmstädter Bank, Ludwigshafen. Angebote an Otto  
Stiefel, Obst- und Gemüseverhand, Oggersheim (Pfalz).



Oberamt Neuenbürg.  
**Süßwasserfische.**

Die Fleischverorgungsstelle hat durch Verfügung vom 3. Juli 1919 (Staatsanzeiger Nr. 148) folgende Höchstpreise für Süßwasserfische festgesetzt:

	Höchstpreis für 1 Pfund	Großhandelspreis für 1 Pfund	Kleinhandelspreis für 1 Pfund
Maulfische ausgeweidet	2.80	3.50	4.—
die übrigen Fischearten ausgeweidet	2.40	3.20	3.60
Meschen	2.80	3.50	4.—
Kale über 1 Pfund	2.40	3.—	3.50
Kale unter 1 Pfund	1.50	2.—	2.50
Hechte, Weller, Dreifische	2.—	2.50	3.—
Barsche über 1/2 Pfund	1.80	1.80	2.10
Barsche unter 1/2 Pfund	—60	—75	1.—
Barben	1.20	1.70	2.05
Karpfen	1.50	2.30	2.80
Schleien	2.—	2.50	3.—
Brachsen, Alet (Schuppisch)			
Oesen (Rerking), Nase (Weißfisch), je nach Größe über 1 Pfund	—80	1.30	1.50
zwischen 1/2 Pfund und 1 Pfund	—60	—90	1.10
unter 1/2 Pfund (Rest)	—40	—70	—90
Zander	2.30	2.80	3.30

Die Überschreitung dieser Höchstpreise ist strafbar.  
Den 11. Juli 1919.

J. B. Killing, Reg.-Aff.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.  
Den Gemeinden wird in den nächsten Tagen amerikanischer Speck zugewiesen.

Im Kleinverkauf darf ein Höchstpreis von 7 Mk. 80 Pfg. pro Kilo nicht überschritten werden. Der ausländische Speck ist nicht gefalzen, sondern nur mit Boräure haltbar gemacht. Es ist dringend zu empfehlen, das Fleisch zur Entfernung der aufgestreuten ungenießbaren Salze mehrere Stunden in Wasser zu legen und nur in gründlich gekochtem oder durchbratenem Zustand zu genießen. Für längere Aufbewahrung empfiehlt sich das Räuchern des Specks.  
Den 17. Juli 1919. Oberamtspfleger Käbler.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.  
An die Gemeinden werden 17153 kg Teigwaren ausgegeben.

Die Unterausteilung ist Sache der Gemeinden. Im Kleinverkauf darf ein Höchstpreis von 66 Pfg. pro Pfund nicht überschritten werden.  
Den 16. Juli 1919. Oberamtspfleger Käbler.

Bezirkschulamt Neuenbürg.  
**An die Ortschulräte und Lehrer.**

Laut Erlass des Württ. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens vom 9. Juli kann Bodendi zur Bekämpfung der Staubplage in den Schulen nicht aus Verresbeständen zur Verfügung gestellt werden. Dagegen ist die Firma F. K. W. Wider in Stuttgart im Stande, solches herzustellen. (s. Besprechung auf der Bezirkschulversammlung)  
Den 16. Juli 1919. Baumann.

Wildbad.  
**Versteigerung.**

Die Nachlassverteilung der am 5. April 1919 in Wildbad verstorbenen Malers-Witwe Wilhelmine Wildbrett, geb. Brachholz, bestehend in Betten, Koffhaarmatratzen, Plüschdecken, Wolldecken, Bettvorlagen, Waschkommode, Kleiderkästen, 2 Sofas, Stühle, Tisch, Nachttischen, 1 Regulator, Sessel, Porzellan, Messer, Gabeln, St. und Kaffee-Bössel, 1 Gaslampe, Schirme, Frauenkleider, Vorhänge, Küchengeräte und sonstigen Hausrat kommt am

Dienstag, den 22. Juli 1919, vormittags von 8 1/2 Uhr an, im Koch'schen Hause bei der Turnhalle in Wildbad gegen Barzahlung zur öffentlichen Versteigerung. Die Gegenstände sind gut erhalten.  
Wildbad, den 15. Juli 1919.  
Der Nachlassverwalter:  
Chr. Brachholz.

**Dreschmaschinen und Puhmühlen, futterschneidmaschinen, Transmissionen sowie Brennholzkreisfägen** empfiehlt

**Gg. Wakenhuth, Maschinen-Werkstätte, Calw.**  
Maschinenlager und Laden in der Biergasse Nr. 127.

**Die Schmiedeverammlung des Bezirkes Neuenbürg**

findet am Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Sonne“ in Höfen statt, wozu sämtliche Kollegen des Bezirkes eingeladen sind. Die Vorstandsmitglieder versammeln sich eine halbe Stunde früher. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Von der Handwerkskammer ist ein Posten Hufellen-Nägel zugesandt worden, welche bei den Kollegen Barth-Colmbach und Krauß-Neuenbürg lagern. Diese Gegenstände kommen auch zur Verteilung.

Obermeister Barth.  
Forstamt Gatzlöcherle und Wildbad.  
**Nadelstammholz-Verkauf**

am Freitag, den 25. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, in Wildbad im Gasthaus zum Jägerstübli aus Staatswaldungen:  
1. Forstamt Gatzlöcherle: 58 St. und 1062 La. mit Fm.: Langholz: 538 I., 344 II., 233 III., 104 IV., 80 V., 18 VI. Kl. Sägholz: 45 I., 28 II., 6 III. Kl. 3804 Kotsfo. mit Fm.: Langholz: 585 I., 1248 II., 1356 III., 542 IV., 150 V., 11 VI. Kl. Sägholz: 86 I., 67 II., 11 III. Kl.  
2. Forstamt Wildbad: 2730 Kotsfo. mit Fm.: Langholz: 903 I., 1591 II., 870 III., 224 IV. Kl. Sägholz: 122 I., 100 II., 43 III. Klasse. Vorverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. G., Stuttgart.

Neuenbürg.  
**Warnung!**  
Hiermit warne ich jedermann, das unwahre Gerücht über mich zu verbreiten, andernfalls werde ich die Verleumder gerichtlich belangen.  
Frau Börger jr.  
Demmingen O.A. Leonberg.  
Zwei schwere 8-jährige Belgier-Pferde unter jeder Garantie hat zu verkaufen  
Gottl. Mayer.  
Auskunft erteilt Karl Scholl, Neuenbürg.

Neuenbürg.  
Zwei Paar schöne Läuferweine hat zu verkaufen  
Karl Scholl.  
Ottenhausen.

**Verkauf:**  
1 3 HP. Elektromotor mit Fratterschneidmaschine und Riemen, 1 Milchzentrifuge „Melotte“, 1 Wagen, Eage und Flug, 1 Rädermühle, Buttertröge, 1 Schiebkarren, 1 Griff, Kuhgeschirre, 1 Bettstelle eichen, 11 Badmüde, ebendasselbst:  
1 Rindersportwagen, 2 1/2-jährige Hiegenböde.  
Obige Gegenstände werden gegen Barzahlung Donnerstag 17. Juli 1/3 Uhr nachmittags versteigert bei  
Gottl. Ott, Witw.

Gesucht wird in eine Mühle im Oberamt Vaihingen ein ordentliches kräftiges Mädchen,  
das auch melken kann.  
Näheres in der Geschäftsstelle des Enstälers.  
Ein tüchtiges, fleißiges Mädchen auf 1. August gesucht.  
Ludwig Scheib, Fleisch- u. Wurstwarengeschäft, Pforzheim, Sedanplatz.

Einen neuen Anzug (mittlere Größe), hat zu verkaufen  
Wer? sagt die Geschäftsstelle des Enstälers.  
**Singhefte** fürs 1. bis 3. und für 4. bis 8. Schuljahr, ebenso  
**Karten** von Württemberg, Baden und Hohenzollern sind wieder eingetroffen.  
G. Nech'sche Buchdruckerei Joh. D. Strom.

**Landfisch** mit Schlächtereier im Enz- oder Nagoldtal, ev. auch in Wildbad, zu kaufen gesucht.  
Angebote an  
Stephan & Frank, Pforzheim, Bahringers Allee, Telefon 3004.

„Politik u. Wahnsinn“ Betrachtungen über die deutsche Revolution: von einem deutschen Arzt nebst Anhang „Kaiser und Volk“ aus dem Jahre 1908. Preis 1 Mark.  
Zu haben in der G. Nech'schen Buchhandlung.

**Billa** oder Einfamilienhaus mit Garten oder Ackerland in Nähe Bahnstation des Enz- oder Nagoldtales zu kaufen gesucht. — Angebote mit näh. Angabe erbeten unter Nr. 21 an die Enstälersgeschäftsstelle.

Ein schöner Landfisch mit Schlächtereier im Enz- oder Nagoldtal, ev. auch in Wildbad, zu kaufen gesucht. Angebote an Stephan & Frank, Pforzheim, Bahringers Allee, Telefon 3004.

**Politik u. Wahnsinn** Betrachtungen über die deutsche Revolution: von einem deutschen Arzt nebst Anhang „Kaiser und Volk“ aus dem Jahre 1908. Preis 1 Mark. Zu haben in der G. Nech'schen Buchhandlung.

**Getragene weiche Herren-Filzhüte**  
werden nach der neuesten Mode tadellos umgeformt bei billiger Berechnung in kurzer Lieferzeit.  
Joh. Kressel, Pforzheim, Genossenschaftstr. 11. Tel. 3175.

Langenbrand, 16. Juli 1919.  
**Codes-Anzeige.**  
Tiefbetäubt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater  
**Friedrich Eberhardt, Bauer,**  
im Alter von 85 Jahren heute nachmittag 3 Uhr sanft entschlafen ist.  
In tiefem Leid:  
Friedrich Eberhardt und Frau, Cannstatt.  
Christian Eberhardt, Witwe, Langenbrand.  
Jakob Stahl u. Frau, geb. Eberhardt, Langenbrand.  
Rosa Knöller, geb. Eberhardt, Höfen a. G.  
Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, statt.

Oberreichenbach-Schömburg.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Sie und Ihre Angehörigen zu unserer am  
Samstag, den 19. Juli 1919  
im Gasthaus zum Löwen in Schömburg  
stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
freundlichst einzuladen. Wir bitten dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.  
Wilhelm Better, Rosa Umbeer,  
Wegler, geb. Ehrl,  
Oberreichenbach, Schömburg.  
Abgang 11 Uhr.

**Trockenluft-Kühlanlagen**  
nach eigenem System.  
Ober- und Seiteneis-Kühlung. — Größte Kühl- und Konserrierfähigkeit. — Geringster Eisverbrauch. — Umbau schlechtfunktionsrender Anlagen. — Ausführung sämtlicher Reparaturen. — Nur Spezialmonteure.  
Fachmännische Besprechung kostenlos.  
**Kreis & Mössner,**  
Kühlanlagenbau,  
Karlsruhe, Kaiser-Allee 51, Telefon 4142.  
In Pforzheim 12 Anlagen ausgeführt.

**Sosenzeug** (Auslandsware) gewirnt, sehr dauerhaft, in dunklen Farben. Rohe und geblickte  
**Baumwolltuche** für Hemden, Beinkleider, Bettwäsche etc.,  
**Baumwollflanelle** von Mt. 7.25 an per Meter,  
**Schürzenzeuge,**  
Waschstoffe für Frauen- u. Kinderkleider,  
Leinwand (Landesware),  
grau,  
für Betten und Matratzen.  
**Ph. Bosch, Wildbad, Tel. 32.**